

Das Wort des Genossen findet Gehör

Im Arbeitszimmer des 2. Sekretärs der Stadtleitung Erfurt, Genossin Rosi Seibert. Auf dem Tisch liegt ein Bericht über Erfahrungen bei der Arbeit mit Kritiken, Hinweisen und Vorschlägen aus Berichtswahlversammlungen. Der

2. Sekretär befaßt sich regelmäßig damit, wie Anregungen der Genossen aufgegriffen werden, und läßt Analysen für das Sekretariat erarbeiten. Auch die monatlichen Berichtsbogen über das Parteileben in den Grundorganisationen werden sorgfältig ausgewertet.

Gerade die Parteiwahlen haben die Mitglieder und Kandidaten angeregt, viele konstruktive Vorschläge zu unterbreiten. Sie reichen von einer noch besseren Information bis zu höherer Ordnung und Sicherheit in den Betrieben, richtigen Voraussetzungen für die Führung des sozialistischen Wettbewerbs und zur Erleichterung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

So hatten Genossen aus dem Wohnungsbaukombinat Erfurt kritisiert, daß Leistungsvergleiche der Parteigruppen, die gute Resultate ergeben hatten, nicht mehr geführt wurden. Im Kombinat Umformtechnik hatten sie festgestellt, daß ein Forschungs- und Entwicklungsthema ungenügend vorbereitet worden war. Genossen des Verkehrskombinates hatten verlangt, Schwierigkeiten in der Ersatzteilversorgung zu Leibe zu rücken.

Es sind auch nicht selten persönliche Anliegen, mit denen sich die Mitglieder an ihr Parteikollektiv wenden. Warum dauert die Bearbeitung meines Neuerervorschlages so lange? Wie

kann ich nach einem persönlich -schöpferischen Plan arbeiten, wenn bei uns der Plan nicht auf dem Arbeitsplatz und auf den Mann aufgeschlüsselt worden ist? Die Skala reicht bis zu Wohnungsfragen, Sorgen mit Dienstleistungen und ungenügender Straßenbeleuchtung.

Alle in den Berichtswahlversammlungen vorgebrachten Überlegungen der Genossen aufzugreifen ist ein wichtiges Anliegen der leitenden Parteiorgane der Stadt. Genossin Seibert berichtet, daß jede Leitung erfaßt und bearbeitet, was ihr zukommt. Sie gibt an die zuständigen Organe weiter, was nicht auf ihren Tisch gehört. Und die Stadtleitung kontrolliert, wie die Vorschläge und Kritiken in ihrem Bereich beachtet und erledigt werden, sowohl die der Genossen als auch jene, die aus der Bevölkerung kommen.

Rosi Seibert nennt ein Beispiel dafür. Während der Parteiwahlen hatten Genossen unter anderem kritisiert: Was ist in der Nachtschicht mit der Agitation? Wer gibt den Kollegen nachts auf aktuelle Fragen eine Antwort?

Das Sekretariat der Stadtleitung half der Grundorganisation, in der dieses Problem aufgeworfen worden war, die fähigsten Genossen als Agitatoren einzusetzen und sie regelmäßig anzuleiten. Allen Parteisekretären wurden diese Erfahrungen übermittelt.

Die Stadtdelegiertenkonferenz konnte dann berichten, daß inzwischen 2663 Agitatoren bestätigt worden waren. Sie werden einmal monatlich zusammengenommen. Hier werden

Tatsachen zum Imperialismus

Die Not der Städte und Gemeinden

In den kapitalistischen Ländern haben die Städte und Gemeinden zunehmend unter der Inflation und der hemmungslosen Profitpolitik der Großbourgeoisie zu leiden. Ihre Lage ist zum Teil alarmierend.

0 Verschuldung erreicht neue Rekordhöhen. Sie beträgt zum Beispiel in der BRD im Durchschnitt je Einwohner 1192 DM.

In Städten wie Düsseldorf, Frankfurt (Main), Karlsruhe und Offenbach ist bereits die 2000-DM-Grenze weit überschritten. Die Folge ist: Die Stadt- und Gemeindeverwaltungen müssen heute mehr als 30 Prozent ihrer Steuereinnahmen für Schuldentilgung und Zinszahlungen ausgeben. Geplante Investitionen für den Bau von Straßen, Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten

werden reduziert oder ganz gestrichen. Gebühren und Tarife werden erhöht, Straßenbahntarife seit 1962 beispielsweise um mehr als das Dreifache.

Kapitalistische Städte veröden.

In **New York** verfallen jährlich Wohnungen für 275 000 Menschen. Ganze Häuserblocks gleichen Geisterstädten.

In **Detroit** wurden Erholungszentren geschlossen, weil die Stadt kein Geld für ihre Unterhaltung